

## Mit dieser „Studie“ wechselt LobbyControl selbst ins Lager der Lobbyisten

Welt, 17.02.2023, Daniel Wetzel

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus243809633/Lobbyismus-Mit-dieser-Studie-greift-LobbyControl-daneben.html?sc\\_src=email\\_3830566&sc\\_lid=386142854&sc\\_uid=6wM2XuDJCM&sc\\_lid=6266&sc\\_cid=3830566&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc\\_eh=6aebdc2892a6c0c21](https://www.welt.de/wirtschaft/plus243809633/Lobbyismus-Mit-dieser-Studie-greift-LobbyControl-daneben.html?sc_src=email_3830566&sc_lid=386142854&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_lid=6266&sc_cid=3830566&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21)

Die verdienstvolle Nichtregierungsorganisation greift die Gaswirtschaft an. Doch eine angebliche „Studie“ entpuppt sich als ein von Faktenfehlern und Ahnungslosigkeit strotzendes Pamphlet ideologischer Voreingenommenheit. Eine DIW-Professorin hielt das zumindest nicht für erwähnenswert.

Seit 2005 versucht der spendenfinanzierte Verein LobbyControl Licht in die dunklen Hinterzimmer der Macht zu werfen. Ein unterstützenswertes Unternehmen. Denn viele Gruppen und natürlich auch Wirtschaftsvertreter versuchen regelmäßig, durch direkte Ansprache von Volksvertretern in der Vorhalle oder „Lobby“ des Parlaments ihren Sonderinteressen Gehör zu verschaffen.

Dieses Antichambrieren ist nicht verboten, sondern seit den Tagen der römischen Republik gelebte Praxis in Demokratien. Dass solch ein privilegierter Zugang nicht in Korruption münden und zu schmutzigen Hinterzimmerdeals führen darf, ist klar. Kontrolle tut Not. Ebenso selbstverständlich ist, dass das „Lobbyregister beim Deutschen Bundestag“ ein guter, aber noch ungenügender Versuch ist, die Verbindungen zwischen Lobbyisten und Politik transparent zu machen. Für Vereine wie LobbyControl und investigative Journalisten bleibt jede Menge Arbeit übrig.

Nur so, wie es LobbyControl mit der am Mittwoch veröffentlichten „Studie“ zur Gaswirtschaft macht, geht es nicht. Es geht um „Pipelines in die Politik – Die Macht der Gaslobby in Deutschland.“ Das 108 Seiten starke Dokument strotzt vor Faktenfehlern, unbewiesenen Behauptungen und einseitigen Auslegungen. Wenn dies der zur Unterstützung eingeladenen Professorin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) nicht aufgefallen ist, hielt sie es jedenfalls nicht für erwähnenswert.

Dabei ist die Liste der Unzulänglichkeiten lang. Zunächst: Die „Studie“ ist gar keine, jedenfalls nicht gemessen an den Mindestanforderungen guter wissenschaftlicher Praxis. Mehr als 700 Fußnoten suggerieren zwar Wissenschaftlichkeit. Aber Zitate aus Wikipedia-Artikeln und Greenpeace-Papieren qualifizieren nun mal nicht als wissenschaftliche Quellen. Eine These mag am Anfang einer wissenschaftlichen Untersuchung stehen – doch Thesen als Ergebnis: Das gibt es nur bei der „Studie“ von LobbyControl.

*Argumente werden von LobbyControl zu Narrativen herabgestuft*

Es gibt gute Argumente dafür, warum Deutschland noch lange Gas und Wasserstoff brauchen wird. Doch diese Argumente werden von LobbyControl zu „Narrativen“ herabgestuft, also „Erzählungen“, praktisch Märchen. Schon in der Sprache zeigt sich die Voreingenommenheit der beiden Autorinnen. Da wundert es dann nicht mehr, dass die politischen Manipulationsversuche Moskaus und seines Gazprom-

Konzerns, die bei Ex-Kanzler Gerhard Schröder und der „Klimastiftung“ Manuela Schwesigs verfangen, schlankerhand praktisch der gesamten deutschen Gasindustrie angelastet werden.

„Die Gasindustrie ist durch starke Konzentration und entsprechende Monopolmacht geprägt, die den Konzernen großes Drohpotenzial gegenüber Politik und Gesellschaft verleiht“, heißt etwa ein zentrales Ergebnis der Autorinnen. Nur liefern sie dafür keinen Beleg. Ihre eigene „Studie“ stellt fest, dass es zwölf Fernleitungsbetreiber, 23 Speicherbetreiber und 722 Gasversorger in Deutschland gibt: Ein Monopol sieht anders aus. Marktmacht?

Ebenfalls Fehlanzeige: Bei Verivox oder Check24 kann praktisch jeder Verbraucher zwischen Dutzenden Gasanbietern wählen. Kenntnis von einem Gas-Monopol hat aktuell weder das Bundeskartellamt noch die Monopolkommission. Die angebliche Machtkonzentration „entlang der Gaslieferkette“ bleibt schon deshalb ein Phantasieprodukt, weil Erdgas-Vertriebe nicht zugleich Pipelines betreiben dürfen – diese Entflechtung haben die Kartellbehörden schon vor Jahren durchgesetzt.

Erdgas ist für die Autorinnen ausdrücklich nur „angeblich“ ein wichtiger Teil der Energiewende. Dass man den Stoff als Brückentechnologie brauche, sei nur „Framing“ und ein „Narrativ“, keinesfalls aber Tatsache, schon das Wort Brückentechnologie klinge zu positiv. Dass selbst die Öko-Denkfabrik Agora Energiewende wie auch die Bundesnetzagentur den Bau von 40 bis 60 Gaskraftwerken bis 2030 fordern, um die Energiewende überhaupt möglich zu machen, scheint LobbyControl egal.

Das Arbeitspferd der Energiewende, die Windkraft, hat im vergangenen Jahr nur 123 Terawattstunden Energie geliefert. Das sind weniger als fünf Prozent des deutschen Endenergiebedarfs. Der Weg ins Zeitalter erneuerbarer Energien ist also noch lang. Was soll sonst als Brücke dorthin dienen, wenn nicht das Erdgas, nachdem die Politik die Atom- und Kohlekraft ja bereits platt gemacht hat? Eine Antwort auch darauf bleiben die Autorinnen schuldig.

*Ökoverbände sind mit gutem halben Dutzend Staatssekretären in der Regierung vertreten*

Lieber beklagt LobbyControl, dass es im vergangenen Jahr mehr als 260 Besuche von Vertretern der Gasindustrie in Bundesministerien und Kanzleramt gegeben habe. Dieser „privilegierte Zugang“ sei „problematisch, weil sehr viel Nähe entsteht und daraus entsteht Wohlwollen“, sagt Autorin Christina Deckwirth. Kritische Nichtregierungsorganisationen hätten weniger Zugang, es gebe „keine Balance“.

Eine unbegründete These. Wenn die grünen Gegner fossiler Energien zuletzt weniger oft in Kanzleramt und Bundesministerien Besucherscheine ausfüllten, dann nur, weil sie längst Hausausweise haben. Ökoverbände sind mit mehr als einem halben Dutzend Staatssekretären in der Bundesregierung vertreten, von Greenpeace bis Attac ist alles dabei. Agora Energiewende stellt schon zum zweiten Mal wie selbstverständlich den für die Energiewende zuständigen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Der hatte gerade erst die Kommunen dazu aufgefordert, den Abriss der Gasnetze zu planen. Die Sorge, dass sich Patrick Graichen noch von einer fossilen Lobby bequatschen lassen könnte, ist denkbar

unbegründet. Besuche von Greenpeace in seinem Büro wären reine Zeitverschwendung.

Dass es im vergangenen Jahr 260 Besuche von „Gaslobbyisten“ im Bundeswirtschaftsministerium gegeben hatte, dürfte für die meisten Deutschen kein Grund zur Sorge sein. Im Gegenteil hätte man eher Angst haben müssen, wenn es weniger Kontakte gegeben hätte. Denn Gaswirtschaft und die Bundesregierung wendeten in den Treffen gemeinsam die akut drohenden, katastrophalen Folgen der schlimmsten je dagewesenen Energiekrise ab. Mit ihren fragwürdigen Interpretationen, der einseitigen Quellenauswahl, den vielen Faktenfehlern und dem naiven Geringschätzen aktueller und künftiger Versorgungsnot hat sich LobbyControl keinen Gefallen getan: ***Der verdienstvolle Verein scheint jetzt selbst zu jenen Lobbyisten zu gehören, denen die Interessen und Nöte anderer im Zweifel egal sind.***